

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden:

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Welt" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatortafel
30 Pf., die 90 mm breite Reklametafel 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuche
40 Proz. Rabatt. Für Kleinverlegungen 10 Pf.

Nr. 80

Dresden, Sonnabend den 4. April 1925

36. Jahrg.

Republikanischer Einheitskandidat Marx

Vereinbarungen der drei republikanischen Parteien über Reichspräsidentium
und preussische Ministerpräsidentschaft — Otto Braun Ministerpräsident

Einstimmige Aufstellung

Von dem Volksblock wird mitgeteilt: Zwischen den Beauftragten der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei fanden am Donnerstagabend im Reichstag in Anwesenheit des Reichstagespräsidenten a. D. Marx neue Verhandlungen statt. Nach einem gründlichen Gedankenaustausch und einer umfassenden Programmdarlegung des Herrn Marx beschloßen sie einstimmig — die deutschen demokratischen Vertreter unter Vorbehalt der Zustimmung ihres Parteiaussschusses, der am Sonntag zusammentritt —, Herrn Reichstagespräsidenten a. D. Wilhelm Marx zur Wahl als Reichspräsidenten vorzuschlagen.

Geschlossene Front gegen den Reichsblock

SPD, Berlin, 4. April. (Eig. Funkdruck.) In den Reihen der republikanischen Parteien herrscht allgemeines Bestreben über die nunmehr erfolgte Einigung auf die Kandidatur Marx. Die Sozialdemokratie hat sich nach reichlicher Überlegung zur Zurückziehung ihres eigenen Kandidaten entschlossen, weil es nach ihrer Auffassung leichter ist, mit einem geschlossenen republikanischen Kandidaten den Gegner — den Kandidaten des Reichsblocks — aus dem Felde zu schlagen. Wir wollen nicht das Risiko wagen, bei der Kandidatur Braun zu scheitern, wenn doch ein Sieg Dr. Jarres' befürchten zu müssen. Die Sozialdemokratie hat sich mit den Demokraten und dem Zentrum geeinigt, am geschlossenen Reichsblock eine endgültige Niederlage zu bereiten. Was tun die Wähler im zweiten Wahlgang? fragt heute die rote Fahne. Wir sind überzeugt, daß die großen Massen der Wähler dem Ruf der Sozialdemokratie und der republikanischen Parteien Folge leisten werden.

Auf in den Kampf!

Unter diesem republikanischen Kampfruf nimmt der Sozialdemokrat zur Aufstellung des republikanischen Einheitskandidaten Marx wie folgt das Wort:

Es ist gelungen! Im Reich und in Preußen steht die republikanische Front. Leicht war es nicht, die Anhänger der Verfassung von Weimar auf einen gemeinsamen Boden zu vereinigen. Leicht deshalb nicht, weil selbst noch wenige Stunden vor dem Abschluß der Kampfgemeinschaft die Intrigen eine große Rolle spielten. Auch Herr Dr. Luther war an diesem Anbahnungsunterricht über das System der Herrschaft, wie es die Jarres-Parteien verstehen, nicht unbeteiligt. Er gegenwärtig noch Reichstagespräsident der deutschen Republik, fühlte sich als Mann der Rechtsparteien im letzten Augenblick beraten, eine kleine, aber nicht ungeschickte anleitende Rinde gegen die republikanische Front zu legen. Der Sinn seiner Handlungsweise war, die durch den Beschluß des sozialdemokratischen Parteiaussschusses als selbstverständlich erscheinende Einheitsfront aller Republikaner zu zerreißen.

Es schien einen Augenblick, als ob die Zerstückelung des Herrn Luther von Erfolg begleitet sein sollte. Er wollte durch ein verfassungsänderndes Gesetz den gegenwärtigen stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons auf sieben Jahre vom Reichstag zum obersten Beamten des Reiches ernennen lassen. Praktisch ließ dieser Zuschlag darauf hinaus, die Demokraten zur Trennung von der Kampfgemeinschaft aller Republikaner, die gleichbedeutend ist mit einer Willensgemeinschaft, zu veranlassen. Der Plan ist mißlungen, und er mußte scheitern infolge des einheitlichen Willens der großen republikanischen Parteien, die verständig nichts gegen Herrn Dr. Simons haben. Der republikanische stellvertretende Reichspräsident ist zweifellos ein ehrlicher Republikaner, ein Mann, der zu seinen Absichten nicht und sich eines festen Charakters rühnen kann. Aber daß Simons nicht abhalten, seine Wahl auf dem vorgeschlagenen Wege abzulehnen; denn diese Wahl hätte eine Sabotage der Verfassung bedeutet. Die Wahl des Reichspräsidenten hat durch das Volk und nicht durch den Reichstag zu erfolgen. Simons selbst aber hat diese Wahl durch das Volk von mehreren Tagen abgelehnt, weil er sich verweigert in Leipzig viel wählen läßt als in der Wilhelmstraße in Berlin. Es wäre unter diesen Umständen ein Triumph der Rechten gewesen, wenn die Republikaner entgegen dem öffentlichen Sinn ihrer Kampfgemeinschaft, die vor allen

Dingen der Aufrechterhaltung und Verteidigung des in Weimar beschlossenen Verfassung gegen die klaren Bestimmungen der republikanischen Verfassung gehandelt hätten.

Den Rechtsparteien ist die Freude an einer Zerstückelung der Republikaner erloschen. Aber dafür dürfen wir dank ihrer Taktik einen starken moralischen Erfolg buchen; denn die Handlungsweise der Rechtsparteien, für die Dr. Luther aufgetreten ist, bedeutet praktisch nichts anderes als eine ausdrückliche Bestätigung des Sieges der Republik im ersten Wahlgang durch die angeblichen "Sieger" und ist schließlich als Zeichen des mangelnden Siegesbewußtseins für Jarres am 26. April zu buchen. Nur zu dem Zweck, die gemeinsame Front der republikanischen bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten zu verhindern, waren die Deutschen nationalen bereit, Herrn Jarres fallen zu lassen und für einen überlegenen Republikaner zu stimmen. Sie haben sich damit eines großen Teils ihrer noch vorhandenen Schlagkraft für den zweiten Wahlgang von vornherein entledigt und psychologisch den Sieg der Republik am 26. April vorbereitet. Wären sie siegesgewiß für die Entscheidungsschlacht, dann hätte sich die Rinde gegen die Willensgemeinschaft der Republikaner erübrigt.

Es liegt uns fern, den in drei Wochen zu erwartenden Sieg der republikanischen Kampfgemeinschaft schon heute zu feiern. Wir unterscheiden uns auch in dieser Beziehung von den Jarres-Parteien, die am 29. März "Siegesbewußt" waren und aus dieser Stimmung heraus bereits Fackelzüge und Frühlingsfeste in ganz Deutschland vorbereitet hatten. Sie feierten in Wirklichkeit eine Niederlage, während die Republikaner in stiller Arbeit an die Vorbereitung einer gemeinsamen Kampffront gingen. Heute ist sie hergestellt. Von Nord bis Süd, von Ost bis West wollen wir am 26. April unter schwarzgoldenen Höhen vereint marschieren und vereint schlagen. Dieser Wille hat schon am Freitag im Preussischen Landtag seinen Ausdruck gefunden, als im ersten Wahlgang Otto Braun durch die republikanischen Parteien wieder an die Spitze des größten deutschen Bundesstaates berufen wurde. Es ist verhängnisvoll noch ungewiß, ob ihm die Bildung einer Mehrheitsregierung gelingt. Aber sicher ist, daß Braun nicht auf lange, sondern auf Monate oder Jahre die Führung der preussischen Regierung wieder übernommen hat. Wer ihn und damit schließlich die Republik dieses Reichs freit, macht, soll das Verhängnis haben, schon in absehbarer Zeit seinen Mut an einer Wahl-niederlage in Preußen zu fühlen. Einmal hat Otto Braun seine Wahl zum Ministerpräsidenten in diesem Jahre abgelehnt. Einen gleichen Fall werden die Rechtsparteien vorläufig nicht erleben. Braun nimmt die Wahl an und dürfte mit dem Augenblick, wo es die Rechte wagt, ihn zu stützen, in Gemeinschaft mit den republikanischen Parteien an das Volk appellieren. Der 29. März ist ein Grodenstest dafür, wer bei diesem Appell an das Volk Sieger bleibt!

Otto Braun in Preußen — Marx als oberster Beamter des Reiches, das ist die Parole, mit der wir in die Kampfgemeinschaft der Republik eingeschwenkt sind. Es handelt sich hier nicht um eine Liebeshehe. Nur die Vernunft hat unsre Taktik bestimmt. Wir kämpfen nicht für die Verlorne des Herrn Wilhelm Marx, nein, unsre bewährte Schlagkraft legen wir lediglich ein für den Republikaner Marx, weil wir nicht wollen, daß an der obersten Spitze des Deutschen Reiches ein Monarchist und damit ein Repräsentant des schwarzweißen Regimes steht. Die Republik soll erhalten und in Zukunft unter harter Beteiligung der Sozialdemokratie mit sozialem Inhalt erfüllt werden. Otto Braun in Preußen und Marx im Reich leisten dafür Gewähr. Darum kämpfen wir für Marx; denn unser Kampf für ihn ist gleichzeitig ein Kampf um die Führung in Preußen.

Der Wille, der großen Masse des Volkes zu dienen, hat den Parteiaussschuss in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand bestimmt, am 26. April die Parole für Marx auszusprechen. Wer sich selbst und der Republik dienen will, folgt deshalb in der endgültigen Entscheidungsschlacht dieser Parole unsrer Führung. Jetzt gilt es, den Boden, auf dem wir unsrer Kampf um die Ideale der Sozialdemokratie zum Siege führen können, zu festigen. Disziplin in den eigenen Reihen und der Wille zum Siege sind dafür die besten Voraussetzungen. In diesem Sinne: Auf in den Kampf!

Jarres hoffnungslos

SPD, Berlin, 3. April. Im Lager der Jarres-Parteien herrscht großer Wirrwarr. Der Siegesmut, an dem sie sich im ersten Wahlgang betranken, ist verfliegen. In aller Einsamkeit legt man sich bereits über den Sieg der republikanischen Kandidatur Gedanken ab. Jarres kämpft

in hoffnungsloser Front, und daß es so ist, hat er am Freitag in einer Besprechung mit dem Reichsblock selbst zum Ausdruck gebracht. Er will nochmals kandidieren, wenn er muß. Die Bayerische Volkspartei hat inzwischen offiziell erklärt, daß sie gar nicht daran denke, für Herr Jarres einzutreten. Es ist infolgedessen zu erwarten, daß die Anhänger der Bayerischen Volkspartei zu einem großen Teile für Marx stimmen. Damit wird die Kandidatur Jarres zu einem offenen Bankrott.

Er soll aber doch noch kandidieren

SPD, Berlin, 4. April. (Eig. Funkdruck.) Der Reichsblock wird heute die Kandidatur des Herrn Jarres für den zweiten Wahlgang endgültig aufstellen. Er sieht sich, entgegen der Überzeugung der Mehrheit der in ihm vertretenen Parteien zu diesem Geständnis der Niederlage gezwungen, nachdem die republikanischen Parteien ihm das Recht der Sammlung aller bürgerlichen Parteien verweigert haben.

Preußen in guten Händen

Braun preussischer Ministerpräsident

Aus dem Preussischen Landtag wird uns berichtet: Der Preussische Landtag trat am Freitag sofort bei Beginn der Plenarsitzung in die Wahl des Ministerpräsidenten ein. Schon im ersten Wahlgang wurde Genosse Otto Braun mit 20 Stimmen gewählt gegen 170, die auf den Kandidaten der Rechten, Dr. Peters, und gegen 40 Stimmen, die auf den Kommunisten Viel entfielen. Die Rechtsparteien und Kommunisten hatten bestimmt mit einem zweiten Wahlgang gerechnet. Schon bei Beginn der Sitzung gab es einen auffälligen "Aushandel" zwischen kommunistischen und deutsch-nationalen Abgeordneten. Der Erfolg Otto Brauns, der schon im ersten Wahlgang mehr als die absolute Mehrheit, die 216 Stimmen betrug, auf sich vereinigte, schlug die den Deutsch-nationalen und den Kommunisten wie eine Bombe ein. Die Koalition der Weimarer Verfassungsparteien: Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, hatte ihren Willen geschlossen durchgesetzt. Die Rechte schrie in den Saal: "Preußen ist an die Sozialdemokratie verkauft worden!" — Selbstverständlich bleibt nun Genosse Severing auch preussischer Innenminister, so daß die Verjüngung der preussischen Verwaltung auch ferner bereitwillig wird. — Der Landtag wurde bis zum 28. April, also bis nach der Reichspräsidentenwahl, vertagt. Dann wird Ministerpräsident Braun sein Programm entwickeln.

Parteidisziplin im Rheinlande

R. Köln, 4. April. (Eig. Funkdruck.) Unser hiesiges Parteiorgan, die Rheinische Zeitung, besuchte sich am Freitag eingehend mit der Kandidatur Marx. Die Stellungnahme der Rheinischen Zeitung ist insofern bemerkenswert, als sie in einer eigenen Erscheinung, in der die Sozialdemokratie als politischer Gegner hauptsächlich nur das Zentrum kennt. Diese rein politische Gegnerschaft spielt aber in dem Kampf, der am 26. April zur Entscheidung kommt, weniger eine Rolle. Das stellt auch die Rheinische Zeitung fest, um dann zu sagen: "Durch die Einigkeit und Disziplin der sozialdemokratischen Wählermassen wird verhindert, daß der Kandidat der Monarchisten und Kapitalisten gewählt wird. Für Marx stimmen wir aus tiefer Abneigung und schärfstem Mißtrauen gegen den Reichsblock und seinen Herrn Dr. Stresemann willfährigen Kandidaten."

Herriot überwand die Krise

P. Paris, 2. April. (Eig. Draht.)

Die in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag durch den Rücktritt des Finanzministers Clementel überraschend ausgebrochene Kabinetskrise hat eine nicht minder überraschende und unerwartet schnelle Lösung gefunden. Nachdem es noch bis in die frühen Morgenstunden des Freitag den Anschein hatte, als ob die Demission des Finanzministers den Rücktritt des gesamten Ministeriums zur Folge haben würde, und mehrere Politiker der Mehrheit, darunter der immer glatte und auf die Ministerpräsidentenschaft spekulierende Bourgeois, die Annahme des ihnen angebotenen Ministeriums ablehnten, hat gegen 5 Uhr morgens der Senator de Monzie durch die Hebernahme des verwaisten Ministeriums der Finanzen die Krise einer überraschend glücklichen Lösung entgegengeführt. Tatsächlich erhebt die ministerielle Stellung des Kabinetts durch den Eintritt des ungewöhnlich aktiven und weit über die Linke des Senats hinaus anerkannten Herrn de Monzie eine sehr beträchtliche Festigung. Die drohende Gefahr, die der Regierung vom Senat her erwuchs, lag nicht so sehr auf finanziellen Gebieten, nachdem Herriot, dem Drängen der Linken nachgebend, sich verpflichtet hatte, bei der ersten Lesung des Haushaltsplanes auf die Stellung der Vertrauensfrage zu verzichten, als vielmehr bei der Frage der Geländschaft beim Vatikan. Dank dem Eintritt de Monzies in das Kabinett kann diese aus den diplomatischen Beziehungen zum Vatikan drohende Krise als endgültig überwunden gelten, zumal da Herriot im Einvernehmen mit den Führern der Kartellparteien sich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag zur Annahme eines von dem neuen Finanzminister vorgeschlagenen Kompromisses bereit erklärt hat, das unter Aufhebung der